

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

186 (22.4.1921) Abendausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat.

Eigentum und Verlag von Ferd. H. Karlen. Druckerei: G. W. Karlen. Verantwortl. Redakteur: G. W. Karlen. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Kaiserstr. 11. Telefon: 1111. Postfach: 1111.

Die Antwort Amerikas.

Harding nicht Schiedsrichter, aber Vermittler neuer Verhandlungen.

Dr. Simons die Antwort der amerikanischen Regierung übermitteln, die folgendermaßen lautet: „Die amerikanische Regierung ist nicht in der Lage, ihre Zustimmung dazu zu geben, in der Reparation derart zu verfahren, daß sie als Schiedsrichter an ihrer Regelung mitwirkt. Durchdrungen von dem Ernst der aufgeworfenen Frage und deren Bedeutung für die ganze Welt ist die Regierung der Vereinigten Staaten selbst hart an einer baldigen und direkten Lösung dieser Frage interessiert. Die amerikanische Regierung wünscht dringend eine sofortige Aufnahme der Verhandlungen und gibt wiederholt ihren erneuten Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung schnell Vorschläge formulieren möchte, die eine geeignete Grundlage bieten. Sollte die deutsche Regierung diesen Weg einschlagen, so will die amerikanische Regierung in Erwägung ziehen, die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen in einer für sie annehmbaren Weise auf die Angelegenheit zu lenken, damit die Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden.“

Stegerwalds Programmrede.

II Berlin, 22. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Ministerpräsident Stegerwald stellte heute mit folgender Rede sein neues Kabinett dem preußischen Landtag vor: „Meine Damen und Herren! Sie haben mich gestern schon zum zweiten Male zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt. Ich danke Ihnen für diesen erneuten Beweis Ihres Vertrauens. Ich danke zugleich den auscheidenden Herren Ministern für ihre hingebende Arbeit und dem Staat gelieferten Dienste. Zu Mitgliedern meines Kabinetts habe ich folgende Herren ernannt: (Er verliest die Ministerliste und fährt fort:)

Ich selbst gebe das Ministerium für Volkswohlfahrt, das ich durch die letzten zwei Jahre verwaltete, neben dem Ministerpräsidenten beizubehalten. Bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes über anderweitige Regelung der auf Gesetz beruhenden Zuständigkeiten des Ministers der öffentlichen Arbeiten habe ich den Minister für Handel und Gewerbe, Fischerei, zugleich zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt. Das Programm meines Ministeriums muß der gegenwärtigen Lage angepaßt sein. Was das Gebiet der inneren Politik anlangt, so steht die Regierung einmütig auf dem Boden der Reichs- und preußischen Verfassung. Sie ist entschlossen, die vom Volk selbst gegebenen Grundzüge unverändert mit allen staatlichen Mitteln nach allen Seiten hin energisch zu verteidigen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande bedarf es in der gegenwärtigen Zeit einer zäheren Prüfung der inneren Verwaltung, die sich nicht nur auf die unbedingt leitungsunfähig zu haltenden staatlichen Mittelstellen nach Nachdruck stützt, sondern auch mit Reformen vorgeht. Überall dort, wo sie durch überalterte staatliche Einrichtungen notwendig sind. Entsprechend diesem Grundsatz wird das Ministerium die großen Reformgebiete über die Gemeindeverwaltung, insbesondere die Landgemeinden, Städte, Kreis- und Provinzialordnung, sowie das Gesetz über die Provinzialautonomie so rasch als möglich vor die gesetzgebenden Körperschaften bringen. Pflege der kulturellen Eigen- und Stammesart einerseits, Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls zu dem Gesamtstaate andererseits sollen bei diesen Reformen die leitenden Richtlinien sein. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung läßt sich nur dann durchführen, wenn die Rechtspflege Preußen vom Vertrauen der Volksgemeinschaft getragen wird. Verbesserung derselben ist daher eine der Regierung obliegende heilige Pflicht. An der vom Reich betriebenen Justizreform wird Preußen nach bestem Wissen und Gewissen mitarbeiten. Handel und Gewerbe sind durch die von unseren bisherigen Feinden geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen bedroht. Zerbrechen jene die Nerven unseres Erwerbslebens, so wird das für sie unsere Zahlungsunfähigkeit für uns Arbeitslosigkeit im größten Umfang zur Folge haben. Die produktive Erwerbslosenfürsorge wird die Regierung mit Rücksicht hierauf mit aller Sorgfalt weiter zu entwickeln bestrebt sein. Gegen Schieberzucht und Wucher wird sie den Kampf mit Nachdruck führen, und sich hierbei des Rates der besten ansässigen Handels- und Gewerbetreibenden gern bedienen. Die Aufrechterhaltung eines gesunden und unabhängigen Mittelstandes ist notwendig, denn je keine Bedürfnisse sollen nachdrücklich berücksichtigt werden. Die Ernährung der Bevölkerung muß unter allen Umständen sichergestellt bleiben. Die Regierung wird daher die landwirtschaftliche Erzeugung mit allen Kräften fördern. Bei unserer von innen wie von außen bedrohten Wirtschaftslage wird die Anziehung des Bevölkerungszuwachses auf dem Lande immer mehr zur unbedingten Notwendigkeit. Neben einer sozialen Boden- und Siedlungspolitik in den Städten wird daher von der Regierung die Vermehrung des landwirtschaftlichen Mittelstandes, sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen eifrig betrieben. Die Siedlungslage soll durch Verleihung von Land zu Eigentum gefördert werden. Denn die Regierung ist der Überzeugung, daß ein Wiederanstieg Preußens nur durch eine großzügige innere Kolonisation zu erreichen ist.

Die Durchführung des Reichsbedarfsgesetzes sich entgegenstehenden Widerstände werden umso leichter zu überwinden sein, wenn es der Regierung gelingt, die beteiligten Kreise durch die Art ihres Vorgehens davon zu überzeugen, daß sie hierbei nur gewinnen. Eine Vermehrung der schaffenden ländlichen Bevölkerung und vor allem in den öffentlichen Provinzen bringt den für die Ernährung der Großstädte nötigen landwirtschaftlichen Großbetrieben die erforderlichen heimischen Arbeitskräfte und führt dem zur Zeit schwer darniederliegenden Baugewerbe, das von den Fesseln der Zwangswirtschaft noch zu befreien ist, neues Leben zu. Förderung jeder rechtmäßigen Arbeit in Stadt und Land wird Pflicht der Regierung sein. Den Unterschied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird sie durch verständnisvolles Eingehen auf die beiderseitigen Notwendigkeiten zu erreichen suchen.

Die materielle Not der Zeit erfordert eine bewußte Pflege unserer irdischen Güter durch den Staat bei voller Würdigung der natürlichen Schranken. Dem wird in erster Linie die Durchführung der begonnenen Neuordnung unseres Schulwesens im Sinne der Reichsverfassung dienen. Die Grundschule wird, planmäßig auf-

gebaut, die Grundlage eines einheitlichen, aber reichgegliederten Schulwesens geben, das auch die Fortbildungsschulen umfaßt. Den Kernpunkt der Schulpolitik bildet die Lösung der Frage der Lehrerbildung. Die aus einer wissenschaftlichen und praktischen Fachbildung auf der Grundlage einer abgeschlossenen höheren Schulbildung bestehen soll. Die höheren Schulen müssen sich dem Gesamtplan der Volkserziehung angliedern, doch soll das wertvolle humanistische Gymnasium unbedingt erhalten bleiben. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den sozialen Aufstieg mit der Aufrechterhaltung der Stufen unserer Bildung zu vereinen. Das gilt besonders auch für unsere Universitäten und Hochschulen. Überall sind neben intellektuellen Interessen die sittlichen und künstlerischen Werte zu pflegen. Die Lebensübungen sind besonders zu fördern und in den Dienst der Charakterbildung zu stellen. In Ausführung der Reichsverfassung wird das Verhältnis zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften neu zu regeln sein. Die Verleumdung der evangelischen Kirche ist im Fluß. Eine Revision der Mainzersehe steht unumkehrbar bevor. Die Beziehungen zur katholischen Kirche sind neu zu ordnen. Dabei werden die völkerrechtlichen Abmachungen mit dem Heiligen Stuhl den veränderten Verhältnissen angepaßt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Die überaus schwierige Lage der preußischen Staatsfinanzen ist bekannt. Sie erfordert äußerste Sparsamkeit, möglichste Vereinfachung der staatlichen Verwaltungen und Beseitigung aller Zweige, sowie die allmähliche Einschränkung des Beamtenpersonals durch zeitgemäße Reformen der Behörden. Der in der Verfassung angelegte Grundsatz: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ muß bei allem bestimmend Gesichtspunkt sein. Zur Durchführung dieses Grundsatzes wird sich auch der Ausbau der Steuer nicht verweigern lassen. Ihre Art ist durch die vom Reich erlassene Finanzreform vorgezeichnet. Unter diesen Verhältnissen wird das neue Haushaltsgesetz für 1921 in den Beratungen eine besonders hervorragende und entscheidende Rolle spielen. Der Entwurf eines solchen wird so rasch als möglich Ihnen vorgelegt werden. Alle Vorarbeiten dazu sind bereits von der früheren Regierung getroffen worden. Eine der allerersten Aufgaben des Staatministeriums wird es sein, den durch die neue Verfassung geschaffenen Staaterrat in kürzester Frist ins Leben und in Arbeit treten zu lassen. Die neue Regierung gibt sich der Hoffnung hin und spricht den Wunsch aus, daß die Zusammenarbeit zwischen Staatministerium, Landtag und Staatsrat stets dem Vaterlande zum Heil gereichen möge.

Seit der Revolution ist die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen in der Öffentlichkeit sowohl wie in der Verwaltungsarbeit niemals zur Ruhe gekommen. Die Regierung wird sich die Pflicht denken, besser Beziehungen zum Reich aufzurichten anzulegen sein lassen. Sie weiß sich frei von allen partikularistischen Tendenzen. Aus der unitarischen Grundlage der Weimarer Verfassung ergeben sich aber Probleme, die umso vorsichtiger behandelt werden müssen, als eine etwaige Um- und Neugestaltung der deutschen Länder, nicht allein unter ihnen, sondern auch hauptsächlich unter außenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden muß. Lebensfähig tritt zur Zeit die Frage der Neugliederung des Reiches zurück hinter dem Erfordernis unbedingter Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Lande, die neben dem Verbleib der Oberländer die wichtigste Voraussetzung auch für die Erfüllung der Leistungen aus dem Friedensvertrag ist. Oberstleuten hat sich mit großer Mehrheit dafür entschieden, bei Deutschland zu verbleiben. Namens der Regierung danke ich den Oberstleuten für alle Hingebung und Unterstützung, mit der sie den schweren Kampf um den Verbleib ihrer schönen Provinz bei Deutschland geführt haben. Soll das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem Versailler Vertrag nicht zum Gebot der Welt werden, so ist über das Schicksal Oberstleutens zu Gunsten Deutschlands zu entscheiden. Nach dem Obersachsenvertrag vom 27. November 1920 hat Oberstleuten nunmehr darüber zu befinden, ob es ein selbständiges Land im Rahmen des Deutschen Reiches werden, oder dem preußischen Staatsverbande weiter angehören bleiben will. Für den letzten Fall ist die preußische Regierung ernstlich und aufrichtig gewillt, den etwaigen Verhältnissen in Obersachsen, die insbesondere auch auf sprachlichem Gebiet liegen, verständnisvoll Rechnung zu tragen.

Nach Abbruch der Verhandlungen in London haben unsere ehemaligen Feinde die von ihnen angebotenen sogenannten Sanktionen zur Durchführung gebracht, unter Verletzung des Vertrages von Versailles ist weiter preussisches Gebiet besetzt und eine neue Zollgrenze geschaffen worden. Weitere schwere Gewaltmaßnahmen werden angedroht für den Fall, daß Deutschland sich bis zum 1. Mai dem Diktat der Entente nicht unterwirft. Die sogenannten Sanktionen und die angekündigten neuen Gewaltmaßnahmen bringen die Bewohner des besetzten Rheinlandes in schwere seelische und materielle Bedrängnis, aber gerade in Stunden der höchsten Not hat sich die deutsche Treue zum angekommenen Vaterland stets am standhaftesten gezeigt. Darum haben auch im Rheinlande die Maßnahmen der Entente bisher nicht das erstrebte Ziel erreicht und werden es auch nicht erreichen. Vielmehr wiederholen sich bei den Bewohnern der Rheinlande immer zahlreicher die Kundgebungen und Beweise der Liebe und Anhänglichkeit zum deutschen Vaterlande. Diese Kundgebungen bieten der Staatsregierung die

(Schluß siehe Seite 2.)

Umschau.

22. April 1921.

Die Meldung über die deutsche Note an den Präsidenten Harding steht nicht in Widerspruch zu unseren gestrigen Mitteilungen über die bisherigen deutschen Vermittlungsversuche. Die Überlegung der Note stellte vielmehr nur einen weiteren Schritt der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit dar, nachdem der erste Versuch mißlungen war. Woran die früheren Bemühungen gescheitert sind, ist noch nicht bekannt. Das Schweigen der Regierung könnte darauf schließen lassen, daß sie sich eines begangenen Fehlers bewußt ist. Es scheint, daß man den Weg des ersten Vermittlungsversuches allzu fein ausgeklügelt hatte, jedoch man schließlich in Washington überhaupt nicht gewußt haben mag, woran man war und sich vorsichtshalber in nichts einlassen konnte. Ganz anders sieht es mit der vorgestern abgeschickten und heute morgen veröffentlichten Note aus, die der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Herr Dreier, vorher gebilligt hat und die durch seine Vermittlung direkt an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ging. Nach der Veröffentlichung dieser Note wird in der ganzen Welt kein Mensch mehr sagen können, daß in Deutschland niemand den Mut zu einem Angebot finde, dessen Aufrichtigkeit bezweifle. Die deutsche Note äußerte nicht einmal Wünsche über das von Harding einzuschlagende Verfahren. Sie überließ es ihm ganz, in welcher Weise er die Vermittlung in der Reparationsfrage übernehmen und die Summe feststellen wollte, die Deutschland für die Wiederherstellung zahlen soll. Und da die deutsche Regierung in feierlicher Form, die keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit ließ, sich zu vorbehaltloser Anerkennung des Harding'schen Schiedspruchs in Form und Geist bereit erklärte, das also Harding auf keinen Fall zu fürchten brauchte, daß seine Vermittlungsaktion erfolglos bleiben würde, wenn er sich mit der anderen Seite einigen kann, so ist es immerhin etwas überaus lobenswert, daß Harding es ablehnt, das Schiedsrichteramt zu übernehmen, zumal wenn man in Betracht zieht, daß sich die deutsche Regierung vorläufig jedes Mitbestimmungsrechtes und jeder Einflußmöglichkeit auf die Erledigung der Reparationsfrage begeben hatte. Sie konnte nach der Überreichung dieser Note nichts tun als abwarten, was Harding tun würde und sich, wenn er eine Vermittlungsaktion eingeleitet und eine Summe festgelegt hätte, seinem Entschluß fügen, wie immer er auch ausfiel. Die Situation erinnert an den Oktober 1918, wo Prinz Max sich an Wilson um Vermittlung wandte, und wo die deutsche Regierung schließlich sich auch im Vertrauen auf die 14 Punkte und auf deren Auslegung durch die bekannte Lansing-Note bestimmen ließ, ihr Mitbestimmungsrecht durch Unterzeichnung des Waffenstillstands-Vertrages, durch Niederlegung der Waffen, preisgeben. Das Vertrauen auf Amerika hat uns damals eine furchtbare Enttäuschung gebracht. Man hat uns den Oktobervertrag gebrochen und unter Verhöhnung aller in diesem Vertrag festgelegten Grundzüge die Zwangsrede von Versailles angesetzt. Es ist deshalb nicht erstaunlich, wenn sich heute des deutschen Volkes eine große Sorge bemächtigt hat, daß es ihm diesmal ähnlich ergehen könnte. Immerhin müssen auch die Unterschiede der heutigen Situation gegenüber der Lage von 1918 bei der Beurteilung des Schrittes der Regierung in Mitbestimmung gezogen werden. Die Vereinigten Staaten haben zwar ein Interesse daran, daß ihr großer Schuldner Frankreich durch Zahlung Deutschlands in die Lage versetzt wird, seine Schulden abzutragen. Aber der amerikanische Exporthandel hat ein ebenso großes Interesse daran, daß die deutsche Wirtschaft lauffähig auf dem amerikanischen Markt der Rohstoffe und Fabrikate bleibt. Außer den wirtschaftlichen Interessen kommt hinzu, daß die Vereinigten Staaten aus hier schon verschiedentlich dargelegten Gründen, eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wünschen müssen.

Auch eine von Harding festgesetzte deutsche Schuldsomme, — falls er sich nämlich zur Vermittlung entschlossen hätte, — würde uns ungewisser hoch vorgekommen sein. Denn man mußte auch die tatsächliche Lage des amerikanischen Präsidenten berücksichtigen. Während er angesichts des deutschen Verprechens auf rückhaltlose Annahme eines Schiedspruchs von Berlin aus seine Widerstände mehr in Betracht zu ziehen brauchte, mußte er damit rechnen, daß Frankreich sich aufs äußerste wehren wird, wenn er unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen und politischen Faktoren mit seinem Vorschlag unter den Zahlen der Pariser Beschlüsse blieb, und dem französischen Widerstand konnte es leicht gelingen, den Präsidenten Harding zurückzudrängen, zumal ein Gegenruck von deutscher Seite in Westfalen lag. Die Situation war also von vornherein zu Gunsten der französischen Ansprüche und zu Ungunsten der deutschen wirtschaftlichen Möglichkeiten stark verschoben.

Die entscheidende Frage aber war, ob Frankreich überhaupt geneigt ist, eine Vermittlung anzunehmen. Die von Briand vertretene These lautet bekanntlich dahin, daß selbst die weitestgehenden Versprechungen Deutschlands jetzt nichts mehr an den geplanten neuen Sanktionen ändern dürfen, wenn Deutschland am 1. Mai seine bis dahin fälligen Verbindlichkeiten nicht bezahlt und damit bewiesen habe, daß seine Unterschrift nichts gelte, daß also die Franzosen sich weiterer Pländer zur Sicherstellung der deutschen Schuld bemächtigen müßten. Die Frage war, ob Frankreich gegenüber amerikanischen Rückfragen diesen Standpunkt vertreten und hartnäckig auf ihm beharren würde. Wenn die Vermittlungsaktion Hardings nicht zustande kam, so wird nur in Hardings Sorge wegen Frankreichs Hartnäckigkeit der Grund dafür zu suchen sein. Da aber die Vereinigten Staaten an der wirtschaftlichen Konsolidierung der ganzen Welt und an der französisch-deutschen Verständigung großes Interesse haben, so könnte die französische Haltung gewisse Verzögerungen im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten hinterlassen. Darüber hinaus muß nun Deutschland in der öffentlichen Meinung der Welt Eroberungen machen, da der Gegensatz zwischen dem feierlichen deutschen Verprechen an Harding und der maßlosen französischen Nachsuche sehr stark in die Augen springt und auch vielleicht beim französischen und englischen Volke Wirkungen auslösen kann, die den Regierungen in London und Paris nicht ins Konzert passen. In England beginnt zudem schon jetzt ein gewisses Trauen über die französischen Maßlosigkeiten die Gemüter zu erfassen, und es wird immer deutlicher, daß man den Konflikt zu vermeiden sucht. Aus den übereinstimmenden Aufforderungen der englischen Presse an Deutschland, seine Vorkläufe vor der Zusammenkunft Briands und Lloyd Georges zu unterbreiten, erkennt man, daß Lloyd George auf der Besprechung in Syde eine Möglichkeit an der Hand haben möchte, um Briands sein militärischen Plänen ein Argument entgegenzusetzen zu können.

Da die deutsche Note an die Reparationskommission bereits abgegangen ist, so wird dieser Wunsch Lloyd Georges seine Erfüllung finden. Außerdem ist durch die Note an die Reparationskommission die Anregung Hardings zu ausgearbeiteten Vorschlägen zum Teil durchgeführt.

Die Zwangsmaßnahmen der Mittläufer.

O.E. Warshaw, 21. April. (Drahtnachricht.) Der Außenminister Sapieha soll heute Korjantj folgen, der bereits gestern zur Vertretung der polnischen Interessen in der oberösterreichischen Frage nach Paris gereist ist.

Wien, 22. April. Die „Prager Abendzeitung“ berichtet über eine Beratung des Vorstandes der Glasarbeiter in Tepitz-Schönan, in der gegen eine Beteiligung der Tschecho-Slowakei an den Strafmaßnahmen gegen Deutschland protestiert wird.

Paris, 22. April. Wie die „Agence Havas“ meldet, hat der österreichische Gesandte in Paris am Quai d'Orsay Schritte unternommen, um den Standpunkt der österreichischen Regierung im Hinblick auf die Kundgebung für den Anschluß an Deutschland klarzulegen.

Schluss der Stegerwaldschen Programmrede.

Gewähr dafür, daß die Rheinlande alle Prüfungen die ihnen auferlegt werden, bestehen werden. Hand in Hand mit der Reichsregierung und dem gesamten deutschen Volk wird die Staatsregierung mit aller ihr zur Verfügung stehenden Kräfte und Mitteln dafür Sorge tragen, daß dem heimgekehrten Gebiet soviel als möglich geholfen und daß die erlittenen Verluste möglichst ausgeglichen werden.

Dermischte Nachrichten.

Der „Oberbaba“ vor Gericht.

Wegen Beleidigung der Reichswehr hatten sich gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts 2 zu verantworten: Der Schriftsteller Johannes Baader; Kunsthandwerker Dr. phil. Otto Burghard; Kunstmaler Georg Groß; Schriftsteller Wieland Herzfeld und Maler Rudolf Schlicht.

Als Sachverständiger äußert sich der Direktor der städtischen Sammlungen in Dresden Dr. Paul Schmidt über das Wesen des Dadaismus. Es sei unmöglich, zu definieren, was Dadaismus sei. Er sei die Reaktion gegen alle unzeitlichen Zeitercheinungen.

Im Jahrbuch der Technik. In Chitago ist jeder Polizist jetzt mit einem drahtlosen Fernsprecher versehen, der so klein und handlich ist, daß er bequem unter dem Rock getragen werden kann.

Aus Baden.

Zur Frage der Arbeiterfahrkarten und Sonntagsfahrkarten.

hat Abgeordneter Weismann (Soz.) im Landtage folgende Anfrage eingebracht: 1. Ist die badische Regierung bereit, beim Reichsoversehrministerium dafür einzutreten, daß die ab 1. Juni geplante Erhöhung der sog. Arbeiterfahrkarten, die zum Teil 200 und mehr Prozent betragen soll, sich in erträglichen Grenzen hält?

Manheim, 21. April. Die Firma H. Engelhard Nachfolger Manheim hat der Gemeinde Sonthausen die erforderlichen Tapeten und Borden für je ein Zimmer der neuen Häuser kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Heidelberg, 21. April. Gestern gelang hier beim Speyer die Verhaftung dreier Fahrraddiebe, die zweifelloso eine große Zahl von Fahrraddiebstählen in Heidelberg und vielleicht auch an anderen Orten auf dem Gewissen haben.

Mosbach, 22. April. Prof. Hogenmüller wurde Mittwoch morgen mit durchschnittenem Hals Schlagader tot in seinem Zimmer aufgefunden.

Offenburg, 21. April. Für das sogenannte Rheinstraßen-Bauprogramm hatte der Bürgerausschuß ungefähr 8 Millionen bemittelt. Wie das Offenburger Tageblatt berichtet, löst aber die Inangriffnahme der Bauten auf Schwierigkeiten.

Donauschingen, 22. April. Die Hilfsmaßnahmen für die Brandgeschädigten in Sonthausen sind in vollem Gange. In anerkannter Weise haben sowohl die benachbarten wie entfernten Gemeinden ihre Hilfsbereitschaft zu erkennen gegeben.

INTERNATIONALE TRANSPORT- & SCHIFFFARTSGESellschaft. ALBERT REIBEL G.M.B.H. KARLSRUHE I.B. KAISESTR. 229. SPEDITION-LAGERUNG-VERSICHERUNG-SCHIFFFART-ROLLFUHRWERK

Theater und Kunst.

„Sebastian“.

Tragödie in 5 Akten von Kurt Geucke. Zweite Uraufführung am 21. April 1921 im Landestheater. Vor allen Ur- und Erstaufführungen des Landestheaters der vergangenen Monate war diese die wichtigste.

einste die Funken seiner reinen Menschheitstap sprühen werden. Der Darsteller scheint sich zu dem aus ihm gewachsenen Stil endgültig hindurchgefunden. Neben dem Darsteller der Titelrolle taten sich eine große Anzahl von wirklich klaren und starken schauspielerischen Leistungen hervor.

Dichtung Heroldsruf und Panier für eine neue in jedem Sinne große Dichtung sein wird. Der außerordentlich warme und starke E.R. geltern zeigte, daß die Zeit ihr günstig ist.

Früh Droops Drama „Der Freispruch“, dessen erfolgreiche Uraufführung vor kurzem am Badischen Landestheater in Karlsruhe stattgefunden hat, ist von den städtischen Schauspielern in Baden-Baden sowie von den Stadttheatern in Cresfeld und Danzig zur Aufführung angenommen worden.

Kunstausstellung Schöneberger Künstler. Man schreibt uns aus Berlin: In den Räumen des Schöneberger Rathhauses hat eine Gruppe Schöneberger Künstler eine bemerkenswerte Ausstellung geschaffen. Sie vertreten kein besonderes Programm, vor allem keine der neueren Richtungen, und erzielen dennoch einen ungemein frischen Eindruck.

Die Darstellungen, deren Erfolg neben der intensiven Regiearbeit Felix Baumhachs der willigen Hingabe der Mitwirkenden an dem großen Geist der Dichtung zu verdanken ist, wurde am stärksten glücklichen Darsteller von Sebastian Robert Birckers. Einem wie hat, mit denen sich kein Wesen identifizieren kann, Menschen zu erfüllen, die in ihm selbst leben, die er ist, zeigte sich nach seiner bedeutenden Interpretation des Hamlet auch gestern wieder.

Eine grundsätzliche Bemerkung: Unsere Dichter haben leider seit vielen Jahren die Erschaffung großer und wahrhaft königlich-menschlicher Stoffe von sich abgesehen. Sicher wächst auch hier der Künstler mit einem vorgefertigten höheren Ziele. So unglücklich Geucke mit der Uraufführung seines „Sebastian“ (1901 in Dresden) in eine Zeit des Naturalismus fiel, der jedes auch äußerlich große Schicksal von sich abwies, so günstig ist heute für ihn der Augenblick nach einer Zeit, die erst eine Verzerrung der Stoffe, dann eine Konzentrierung und Einkürzung des Formrahmens brachte, weil sie die Handlung abstrich und nur in die Brust des Einzelnen verlegte.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 22. April 1921.

Der Termin der großen Schulferien. Nach einer Verordnung des badischen Unterrichtsministeriums werden die am 1. August beginnenden großen Ferien schon am 6. September schließen. Die Pfingstferien erleiden keine Veränderung.

Die Hauptversammlung der Deutschnationalen Partei fand gestern Abend im Saal 3 der Brauerei Schrempf statt. Der 1. Vorsitzende, Prof. Kessler, eröffnete die gut besuchte Versammlung, gab einen überblickenden Tätigkeitsbericht über das letzte Vereinsjahr und wies dabei den verstorbenen Mitgliedern, Kommerzienrat Homburger und Oberrechnungsrat Kochenacker ehrende Gedenkworte. Nach Erstattung des Kassensberichts durch den Kassier, Kaufmann Hafner, wurde dem Bericht und dem Gesamtantrag einstimmig Entlastung erteilt. Der Antrag des Kassiers, den jährlichen Mitgliederbeitrag auf 20 M und für jedes wirtschaftlich nicht selbständige Mitglied auf 5 M festzusetzen, wurde mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Der Vorstand sieht sich für das kommende Geschäftsjahr wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Prof. Kessler, 2. Vorsitzender Fabrikant Guhl, 3. Vorsitzender Frau Bertha Mayer-Pantenius, 1. Schriftführer Hauptlehrer Walschlag, 2. Schriftführer Rechnungsrat Pfeiffer, 1. Kassier Kaufmann Hafner, 2. Kassier Oberfaktor Schulz. Hierauf hielt Landtagsabgeordneter Präsident Dr. Glöckner einen Vortrag über die politische Lage. Er kam zunächst auf die neuerrichtete Zollgrenze am Rhein und die Entlassung des Reichsbundes zu sprechen und befasste sich sodann mit der Regierungsbildung in Preußen. Nachdem er noch das günstige Abstimmungsergebnis in Oberhessen und den Kommunistenputsch in Mitteldeutschland gestreift hatte, ging er ausführlicher auf die badische Politik ein. Zunächst gab er ein Bild über die geschehene Arbeit des Landtags und besprach dann den Staatsvoranschlag mit seinen Nachträgen. Der Antrag Niederbühl über die Berücksichtigung des Nahrungsmittel-, Gärtnerei-, Bau- und übrigen Saisongewerbes bei der reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsvertrages sei keineswegs ein Vorstoß gegen denselben, sondern sei eingebracht worden, weil das badische Handwerk im Reichswirtschaftsrat, der den Gehaltswürfel der Reichsregierung zur Zeit berate, keine Vertretung habe. Redner kam dann noch auf die Hagenstiehl-Angelegenheit und die Tarifgewinnung zu sprechen und ging dann auf die Gehaltswürfel ein, welche gegenwärtig in den Ausschüssen des badischen Landtags vorbereitet werden. Dabei machte er die Mitteilung, daß der Landtag, wenn die Zeit noch reiche, auch noch auf die Vereinfachung der Staatsverwaltung hinwirken werde. Nachdem Dr. Glöckner noch Mitteilungen über das Ertragssteuergesetz und das Verteilungsgesetz gemacht hatte, fand eine Aussprache statt. Die Versammlung nahm außerdem folgende Entschließung einstimmig an: „Die Hauptversammlung des Ortsvereins Karlsruhe der Deutschen Demokratischen Partei stellt sich einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung, daß Oberhessen ungeteilt, gemäß dem Willen seiner Bevölkerung, dem Deutschen Reich erhalten bleiben muß. Die Hauptversammlung geht in gleicher Weise unserer Volksgenossen in der besetzten Westmark und erwartet von der Regierung, daß sie alles tun wird, um das Los dieser heute mehr als je unter dem Druck der zweifelhafte Sanktionen kampfenden Reichsteile zu erleichtern.“

Grund- und Hausbesitzerverein und Steuerfragen. Der Grund- und Hausbesitzerverein hatte auf gestern Abend seine Mitgliederversammlung in den „Friedrichshof“ eingeladen. Auf dem Programm stand die Besprechung der Steuerfragen. Nach dem Vortrag wurden die Steuern in vollständig andere Bahnen gelenkt. Das Reich benötigte ungeheure Summen. Das Reichsnotopfer stellte eine direkte Vermögenskonfiskation dar. Es gibt heute wohl kaum mehr etwas, das nicht veräußert wird. In erster Linie mußte das Einkommen der Berufsstände herangezogen werden. Die Veranlagung des Einkommens dauernd Veränderungen unterzogen wird, ist unermesslich, da das Reich hieraus die meisten Einnahmen zu schöpfen hofft. Beim Einkommensteuergesetz wurde unterschieden in Kapital-, Gewerbe-, Grundbesitz- und den anderen Steuern, die je nach der Natur, verschiedener Art sein können. Der Hausbesitz macht wohl den größten Teil des Grundbesitzes aus. Er wird daher auch entsprechend bestraft. Der Wert der eigenen Wohnung im eigenen Hause ist gerade so zu veranlagern wie der einer vermieteten fremden Wohnung. Das Gesetz erklärt genau, was zu den einzelnen Arten wie Hausbesitz, Gewerbe usw. gehört, so daß hierüber keine Unklarheit bestehen kann. Zu dem nichtveräußerten Einkommen gehören Gewinne aus Spekulationen, Gegenstände aus Veräußerungen und Verluste in Veräußerungen zu ziehen. Sehr eingehend behandelte der Redner die Letztinstanz der Einkommen, wie sie dem Grund- und Hausbesitzerverein zusammengestellt worden ist. Sehr genau wurden auch die verschiedenen abzugsfähigen Posten wie städtische Umlagen, Kirchensteuer usw. erläutert. Ferner kommen auch die Unterhaltungskosten in Betracht.

Der Bürgerverein der Oststadt veranstaltet am Samstag, den 23. April (nicht, wie irrtümlich gemeldet wurde, am Sonntag), ein Frühlingfest in den Säben der „Eintracht“ mit Tanzunterhaltung. Die städtische Polizei hat gestern einen goldenen Kettenarmband, einer Straßenwärtin aus dem Wochenmarkt eine Brieftasche mit 270 M. Inhalt und einem Korb hier die Wäsche an den Treppenaufgangsenkeln, sowie eine Wäscherin in der Durlacher Allee auch ihrem verlassenen Zimmer 250 M. bares Geld. Ein Dienstmädchen und eine Modistin wegen Gewerbszucht, sowie ein 17jähriger Maurerlehrling von hier, welcher verdächtig ist, in letzter Zeit hier einen Fahrraddiebstahl verübt zu haben.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe. Allgemeine Witterungsübersicht. Das Hochdruckgebiet hat sich nach Skandinavien zurückgezogen, während flache Tiefdruckausläufer über Mittel- und Nordwesteuropa und vereinzelte Regenschauer bringen. Auf in unserem Gebiet brachte ein über der oberrheinischen Tiefebene liegendes Tiefteil über Nord- und Ostdeutschland. Kleinere Störungen die von den britischen Inseln vordringen, werden auch morgen vereinzelt noch etwas Regen bringen. Voraussichtliche Witterung bis 23. April 1921, nachts: Seiter bis wolken, vereinzelt Niederschläge. Temperatur wenig verändert. Wasserstand des Rheins. Schaffhausen, 22. April, morg. 6 Uhr: 0,65 m. Kehl, 22. April, morg. 6 Uhr: 1,56 m, 4 cm gest. Mainz, 22. April, morg. 6 Uhr: 3,02 m, 8 cm gest. Mannheim, 22. April, morg. 6 Uhr: 1,69 m, 4 cm gest.

Karlsruher Schwimmverein e.V. Todes-Anzeige. Am 17. April ds. Js. verstarb infolge eines Unglücksfalles in Köln unser langjähriges und treues Mitglied Herr Hans Hugel im Alter von 25 Jahren und setzen wir hiervon unsere Mitglieder in Kenntnis. Die Beerdigung des Verstorbenen findet am Samstag, nachmittags 1 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt und bitten wir um recht zahlreiche Beteiligung. 6561 Der Vorstand.

Todes-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass unser lieber Sohn, Bruder und Schwager Wilhelm Scheffel im Alter von 24 Jahren gestern nacht nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. B12-93 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Familie Friedrich Scheffel, Familie Joseph Hauser, Karlsruhe, den 22. April 1921. Beerdigung: Samstag nachm. 12 1/2 Uhr von der Friedhofskapelle aus.

In 2 Stunden Trauer-Drucksachen wie: Trauerbriefe, Danksagungs-Korrespondenz- und Visiten-Karten liefert Buchdruckerei Ferd. Thiergarten Karlsruhe i. B. Verlag der Badischen Presse

Arme Frau verlor eine Waage mit großem Inhalt von der Fabrik, welche über den Markt, abzugeben gegen gute Bedienung. 1717a Schloßstr. 1b. B213881 Wohnung a. d. Brunnstr.

Matheus Müller 1828a

Die glücklichste Geburt eines zweiten SOHNES seinen hochverehrten an Reg.-Rat Rudolf Wachs u. Frau Hedwig, geb. Schmutz. KARLSRUHE, Südenstraße 15. a. ZL Heidelberg, Bergstraße 7. 1732a

2 Bände Der Maschinenbau zu verstehen. 17. Aufl. in der 17. Auflage. 6470

Wir suchen Wohn- und Geschäftshäuser, sowie Gelände sofort zu kaufen. 6470

Wurm & Co. Durlachstr. 128. Tel. 2759. 6470

Schreibmaschine neu oder gebraucht, zu kaufen gesucht. 6301

Große Trommel mit Leder zu kauf. eel. Angeb. unt. Nr. 421866 an die „Bad. Presse“.

Baden-Baden Hausverkauf. 2 H. vaden, mehrere Wohn-, Hinterhaus, etwas Garten. 6470

Wohn-Zimmer eichen, dunkel, 2 St. 1717a

2 gl. Betten, Bett, zu verkaufen. 421859

1 Paar Schweißstiel Nr. 41, zu verkaufen. 1732a

Doppel-Pony selten schönes Tier, 8-jährig, mit aelchlicher Garantie zu verkaufen. 1732a

2 Bände Der Maschinenbau zu verstehen. 17. Aufl. in der 17. Auflage. 6470

Wir suchen Wohn- und Geschäftshäuser, sowie Gelände sofort zu kaufen. 6470

Wurm & Co. Durlachstr. 128. Tel. 2759. 6470

Schreibmaschine neu oder gebraucht, zu kaufen gesucht. 6301

Große Trommel mit Leder zu kauf. eel. Angeb. unt. Nr. 421866 an die „Bad. Presse“.

Baden-Baden Hausverkauf. 2 H. vaden, mehrere Wohn-, Hinterhaus, etwas Garten. 6470

Wohn-Zimmer eichen, dunkel, 2 St. 1717a

2 gl. Betten, Bett, zu verkaufen. 421859

Ein od. zwei selbständige Auslands-Korrespondenten mit fertigen italienischen und spanischen, ferner französische u. englischen Sprachkenntnissen und längerer Erfahrung in Lokomotiv- oder Maschinenfabriken zu baldigstem Eintritt gesucht. 6549

Lohnbuchhalter fähiger Rechner, mit Stenographie und Maschinen-schreiben vertraut, sofort von Maschinenfabrik in Baden gesucht. 1723a

Leben, Unfall u. Haftpflicht. Kaiserliche Versicherungs-Gesellschaft mit allen neuesten Einrichtungen hat ihre Subdirektion für Baden und die Pfalz mit Versicherungsbestand in diesem Bezirk zu vergeben. 17111

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Mädchen für Küche und Hausarbeit gegen hohen Lohn bei guter Verpflegung. Angebote an: 1728a

Stellengemeine Lediger Heizer sucht Stelle. 17278

Junger Mann 18 Jahre alt, der das Einjährige-Jugendstudium sowie die Handelsschule beendet. 1728a

Sucht Lehrstelle auf einer Bank od. in einem Kaufmanns-Betrieb, geht auch als Dolmetscher. 1728a

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Widrig für Privatangehelt!! Jedem Privatangehelt ist heute einleitend des demnachst zu erwerbenden Lebens über die Erweiterung der Angestelltenversicherung die glänzendste Verdienstmöglichkeit durch Zuführung von Lebensversicherungsbeiträgen für erhaltene Gesellschaft gegen außerordentlich günstige Bedingungen zu erlangen. 421859

Handels-Zeitung der „Badischen Presse“

Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M.

Zu der am 11. Mai in Frankfurt a. M. stattfindenden 66. ordentlichen Generalversammlung liegt jetzt der Geschäftsbericht für das Jahr 1920 vor. Die Bank, die im letzten Jahre neue Zweigniederlassungen in Hamburg und Leipzig errichtete und die Gründung einer weiteren Filiale in Mannheim für die nächste Zukunft in Aussicht stellt, schlägt die Verteilung einer Dividende von 10 Proz auf das Aktienkapital von 90 Millionen Mark vor.

Im gleichen Verhältnis wie die Gewinne haben sich die Geschäftskosten erhöht. Die Kosten sind von 16,6 auf 49,9 die Steuern von 2,1 auf 6,5 Millionen Mark angewachsen. Zu den Bilanzposten bemerkt der Geschäftsbericht, daß der Zufluß an fremdem Geld sich fortgesetzt vermindert habe. Die Summe der Kreditoren ist um 496 Millionen Mark höher als im Vorjahre. Die Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen stiegen um 31, die Einlagen auf provisorischer Rechnung um 374, die sonstigen Kreditoren um 91 Millionen Mark.

Aus dem Reingewinn von 16 1/2 Millionen Mark sollen 4 Millionen der außerordentlichen Rücklage, 2,25 Millionen der Kontokorrentrücklage überwiesen werden. Für Dividenden werden 9 Millionen Mark benötigt. Der Restbetrag für die Anteilnehmer werden 500 000 Mark zugesprochen. Nach Ausschüttung für Anteilmehrer an die Aufsichtsratsmitglieder werden die restlichen 203 000 Mark auf neue Rechnung vorgetragen.

Aus der Handelswelt.

Chemische Fabrik Griseheim-Electron, Frankfurt a. M. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, der G. V. (10. Mai) für 1920 eine Dividende von 16 (i. V. 12) Proz. in Vorschlag zu bringen. Ein Vortrag von 1 577 840 (i. V. 1 437 205) beläuft sich der Reingewinn auf 18 744 341 (8 399 509). Der Generalversammlung wird fernerhin vorgeschlagen, das Aktienkapital von 63 Mill. auf höchstens 108 Mill. zu erhöhen unter gleichzeitiger Umwandlung von mindestens 10 Mill. der jetzigen 18 Mill. Vorzugsaktien in Stammaktien und Ausstattung der verbleibenden 8 Mill. Vorzugsaktien mit 10fachen Stimmrecht. Die umgewandelten Vorzugsaktien und die neuen Stammaktien sollen für das laufende Jahr dividendenberechtigt sein. Die Aktien werden von einem Bankensortiment übernommen und in Höhe von 4 1/2 Mill. den bisherigen Aktionären zum Kurse von 107 Proz. im Verhältnis von einer alten zu einer neuen Aktie angeboten. Der Rest der Aktien von 10 Mill. soll zur Verfügung des Vorstandes bleiben. Die Erhöhung des Aktienkapitals ist nötig, weil durch die Erhöhung aller Untkosten und die Verteuerung aller Rohstoffe und Materialien die Betriebsmittel sehr in Anspruch genommen sind und weil die Durchführung der während des Krieges unterbliebenen Reparaturen eine große Summe erfordert. Hinzu kommt, daß durch den schon bekannten Erwerb der elektrotechnischen Fabriken der Elektromechanischen Werke, G. m. b. H. in Berlin, sowie durch die Beteiligung der Gesellschaft an dem Automobil-Werke Merseburg-Oppau, G. m. b. H., erhebliche Geldmittel benötigt werden.

Ludwig Loewe u. Co., N. G. zu Berlin. Der Umsatz hat sich gegen das Vorjahr erheblich gesteigert, besonders nach Werkzeuge- und Werkzeugen. Der Bestand zu Beginn des Jahres lebhaft nachgefragt. Die Gesellschaft hat an der Erhöhung des Aktienkapitals sehr in Anspruch genommen und weil die Durchführung der während des Krieges unterbliebenen Reparaturen eine große Summe erfordert. Hinzu kommt, daß durch den schon bekannten Erwerb der elektrotechnischen Fabriken der Elektromechanischen Werke, G. m. b. H. in Berlin, sowie durch die Beteiligung der Gesellschaft an dem Automobil-Werke Merseburg-Oppau, G. m. b. H., erhebliche Geldmittel benötigt werden.

vorgetragen. 25 Millionen Mark sind vorweg einem Verleihungsfonds überwiesen. In der Bilanz stehen die gesamten Betriebsinventaren wie Maschinen, Modelle, Werkzeuge, Utensilien und das Zubehören mit je 1 Mark zu Buche. Die Zugänge von 2,8 Mill. Mark sind abgeschrieben worden.

— **Soltilieferungen für die Entente.** Von der Bayerischen Landesauskunftstelle in München wird die Soltilieferung der für den Wiederaufbau nach Frankreich, Belgien und Italien zu liefernden Schmelzen, Telegraphenstangen, Schnittholz und Rundholz nunmehr ausgeschrieben. Die Bedingungen sind für die einzelnen Kategorien mit den durch die Reparationskommission in Paris festgesetzten Höchstpreisen können durch die obengenannte Dienststelle bezogen werden.

Von den Warenmärkten.

Vom Wollemarkt. Im amerikanischen Wollemarkt wurde wenig getätigt, was zum Teil davon herrührt, daß im Kongreß das Schutzgesetz doch nicht angenommen worden ist. Die Nachfrage konzentriert sich schon seit Wochen auf Territorialwollen, die noch Ende März bis zu 90 Cents lösten. Andere Wollen sind ebenfalls um einige Cents zurückgegangen, ausgenommen die amerikanische Provenienz, die eher ein Anzeichen zeigt. Die Industrie hat mehr Aufträge zu verzeichnen und der Beschäftigungsgrad hat sich im Februar-März um durchschnittlich 15—20 Proz. gebessert.

Vom französischen Wollemarkt ist wenig erfreuliches zu berichten. Die Industrie leidet immer noch unter Arbeitsmangel. Die Nachfrage hat zwar erneut eingelegt und es werden immer einige Geschäfte auch mit dem Ausland getätigt, besonders in Kammmollen, aber von einer wirklichen Belebung des gesamten Marktes kann nicht gesprochen werden.

Im englischen Wollemarkt hat zufolge der Tatsache, daß das Schutzgesetz in den Vereinigten Staaten nicht durchging, die amerikanische Nachfrage so ziemlich aufgehört. In ein Geschäft mit Deutschland ist bei derartigen politischen Lage nicht zu denken und das Inlandsgeschäft ruht immer noch. Dieses letztere steht greifbarerweise unter dem Eindruck des neuen Bergarbeiterstreiks und dem drohenden Kampfansturm der Transport- und Eisenbahnarbeiter. Im allgemeinen ist die Lage in allen Zweigen der Wollebranche sehr ungünstig, da auch das Seilgeschäft nur bescheiden einsetzt.

Notierungen der Berliner Börse vom 22. April.

Table with columns for Industri-Aktien (Hütten- u. Bergwerks-Aktien), Bank-Aktien, Kolonialwerte, Schiffahrtswerte, Festverzinsliche Papiere. Includes companies like Accumulat., Adler, Kleyer, etc.

Notierungen der Frankfurter Börse vom 22. April.

Table with columns for Bank- und Industrie-Aktien, Berliner Devisennotierungen, Frankfurter Devisennotierungen, Züricher Devisennotierungen. Includes companies like Bad. Bank, Darmst. Bank, etc.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt am Samstag, den 23. April, vormittags 9—12 Uhr und nachmittags von 1—3 Uhr. Für die Nummern der neuen Kartenbücher von 1920—1921 sind an unserer Kasse, Sonntag, 23. April, Vormittag, die neuen Kartenbücher, die mit dem bedingten Nebenrecht versehen sind, mitzubringen.

Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands Ortsgruppe Karlsruhe.

Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Saal der „Bad. Post“, Augustenstr. 27/29: Theater-Aufführung u. Tanz bis 11 Uhr.

Verein Chinuch Neorim

Montag, den 25. April, 8 1/2 Uhr abends, Saal des Post-Konserwat., Adlerstr. 33, spricht S. E. Herr Rabb. Dr. Simon Adler, Prag: „Die Juden in Prag“.

Kaninchen- u. Geflügel-Zucht-Verein Karlsruhe-Rühlheim.

Sonntag, den 23. u. Sonntag, den 24. April: Große Kaninchen-, Geflügel- und Produkt-Ausstellung im Gasthaus am „Schwanen“.

Gemüsesamen

Abeschlag 10 % Hülfsentrichte 20 % Ludwig Allinger, Karl-Wilhelmstr. 53. Tel. 914.

Fußballklub Frankfort a. M.

Gegr. 1895. Tel. 3637

Samstag, 23. April: Schüler 3 Uhr Phönixplatz.

8 Uhr: Spielerversammlung im Lokal.

Sonntag, 24. April: I. II. in Schwetzingen, III. IV. V. in Märsch, Jugendmannschaft 6 Uhr in Grötzingen. 6548

Esplanade-Klub Karlsruhe.

Am Samstag 23. April, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Zum Burghof“

moderner Ball

statt (Gesellschaftsantrag), wozu wir unsere wertvollen Mitglieder und Freunde einladen. — Gäste dürfen eingeführt werden. Bismarck Der Vorstand.

Lern-Piano

Nr. 1875. — a) gegeben bei 657 Pianomagazin

Th. Raefler,

Erbsenstr. 24. Prima 812233

Rot- und Weißwein

1/4 Str. Nr. 850 u. 920 Zuckerkasse 41.

„Steuerangelegenheit“

Gesellschaftsgründungen, Bilanzwesen, Revisionen, übernimmt in Steuerangelegenheiten erfahrener Sachmann. Offert. u. Nr. 1729 an die Bad. Presse.

Kragen-Wäscherei Schorpp

wäscht und bügelt 6548 in altbekannter Ausführung Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Radfahrer

Kauf ihrn Bedarf in Fahrrädern u. allem Zubehör konkurrenzlos in Preis und Qualität bei

H. Brodührer

Karlsruher Fahrrad-Haus Kaiserstr. 5 am Durl.-Tor. Fernr. 1918.

Gritzner Näh-Maschinen.

liefert Buchdruckerei der „Badischen Presse“.

„Hausbesitzer“

Leht eure Klopelangen reparieren, billig und gut. Sendet Karte an W. Himmelsbacher, Rheinstr. 14. V.

Modes

68 werden noch mehrere Kunden zum Umarbeiten ihrer Hüte angenommen bei Bachmann, 821918, Rankenstr. 12, IV.

Speisekartoffel

zum billigen Preise an jedermann abgegeben. J. Müller, Pflanzb.

Flaschen

Vorbestellflächen, Wein- u. Spirituosen-Flaschen, Wein- u. Spirituosen-Flaschen, Wein- u. Spirituosen-Flaschen.

A. Einhellig.

6538

Deutsche Teppiche

Diwan-Decken, Bettvorlagen, Brücken mit Perser-Muster in nur besten Qualitäten, empfiehl zu billigsten Preisen

Teppich-Haus Carl Kaufmann

Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 157, 1. St. 6554

Heirat.

Kaufm. mit elegantem, reichhaltigem, mod. Ende 30, in gut. Verh., in Karlsruhe, wünscht Bekanntschaft mit einem gleichaltrigen, vermög., gebildeten, in Karlsruhe wohnenden Herrn. Anz. u. Nr. 9127 an die „Bad. Presse“.

Schokolade-Palée

in Tafeln von 100 u. 125 Gramm liefern in 1/2, 3/4, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Gradwohl & Co., Kohl a. Rh.

Grachtbriefe

für Ein- und zweifache Frachtbriefe, mit u. ohne Firmendruck, liefert prompt u. billig Buchdruckerei J. Thiergarten

Beleg der „Badischen Presse“

Beleg der „Badischen Presse“

Beleg der „Badischen Presse“

Beleg der „Badischen Presse“

Beleg der „Badischen Presse“

Beleg der „Badischen Presse“

Beleg der „Badischen Presse“